

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 07.03.2012

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

| | | |
|------------------------------|-----------------------|--|
| Ratsherr Peter Biernadzki | Parteilos | |
| Ratsherr Otto Bodenheimer | Bündnis 90/Die Grünen | bis 19:17 Uhr |
| Ratsherr Ingo Diller | SPD | |
| Ratsherr Gordan Dudas MdL | SPD | |
| Ratsfrau Karin Hertes | SPD | |
| Ratsfrau Sandra Knoblauch | SPD | |
| Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs | CDU | Vertreter für Ratsherrn Heinz-Rüdiger Ochel |
| Ratsfrau Britta Rogalske | CDU | |
| Ratsherr Jürgen Sager | CDU | Vertreter für Ratsfrau Christel Gabler; bis 19:22 Uhr |
| Ratsherr Michael Thielicke | SPD | |
| Ratsherr Hansjürgen Wakup | CDU | bis 19:24 Uhr |
| Ratsherr Björn Weiß | CDU | |
| Frau Karin Löhr | SPD | |
| Herr Dominik Petereit | FDP | bis 19:10 Uhr |

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau Fraktionslos

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Lars Bursian
Herr Dieter Rotter
Frau Aggi Thieme
Herr Edgar Weinert
Herr Klaus-Peter Welter
Herr Peter Dilks
Herr Christian Hayer

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut
Frau Bärbel Streppel

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

| | |
|---------------------------------|-----------|
| Ratsfrau Christel Gabler | CDU |
| Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel | CDU |
| Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers | DIE LINKE |

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

| | |
|------------------|--------------|
| Herr Thomas Funk | Fraktionslos |
|------------------|--------------|

Beratende Mitglieder Integrationsrat

| | |
|-------------------|---------------|
| Herr Ismail Yaman | Liste der SPD |
|-------------------|---------------|

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Verkauf von in Bebauungsplänen als Kinderspielplatz festgesetzten städtischen Flächen bzw. bestehenden städtischen Kinderspielplätzen Vorlage: 239/2011

Ratsherr Dudas beantragt eine Abstimmung nach Vorlage.

Herr Bärwolf erinnert daran, dass hier zunächst lediglich ein Rahmenbeschluss erfolge. Die einzelnen konkreten Verkäufe müssten über entsprechende Beschlussvorlagen und somit Einzelbeschlüsse beschlossen werden.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sukzessive die Spielplatzflächen aufzugeben und zu veräußern, die nicht zwingend für die Umsetzung des Spielplatzentwicklungskonzeptes benötigt werden (siehe Anlage). Über die mögliche Aufgabe solcher Plätze werden die politischen Gremien zeitnah unterrichtet.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----|
| Ja-Stimmen: | 14 |
| Nein-Stimmen: | ./. |
| Enthaltungen: | 1 |

3. Benennung der Straße vor dem ehemaligen Brügger Bahnhofsgebäude
Vorlage: 016/2012

Ratsherr Dudas merkt an, dass es der Wunsch des Feuerwehrlöschzuges Brügge (Löschzug 4) sei, das Gerätehaus mit der Hausnummer 4 zu versehen. Er schlägt vor, dass die Verwaltung prüfe, ob dieses möglich sei und es möglichst umsetze.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Ratsherrn Dudas zu und empfehlen dem Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden

Beschluss:

Die Straße zwischen der Brücke an der Halverstraße und der nächsten Brücke zur Volmestraße wird gemäß beiliegendem Lageplan in „Brügger Bahnhofsweg“ benannt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | ./. |
| Enthaltungen: | ./. |

4. Fahrwege in der Fußgängerzone
Vorlage: 021/2012

Herr Hayer führt ergänzend zur Beschlussvorlage die in der **Anlage** beigefügte Erläuterung.

Nach entsprechenden Anmerkungen eines Taxiunternehmers, des Schwerbehindertenbeauftragten der Stadt Lüdenscheid, Herrn Pandikow, sowie von Frau Kämper für den CeBeef erläutert Herr Rotter, dass seitens der Verwaltung die Zufahrten zu den Ärzten keinesfalls unterbunden werden sollen. Bei Vorlage der notwendigen Unterlagen sei es möglich, über den Fachdienst Bauservice eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, die dann ein ganztägiges Befahren der Fußgängerzone ermögliche. Derzeit gebe es bereits mehr als 50 Fahrzeuge mit einer Genehmigung für Patientenfahrten. Es sei aber aus der Erfahrung der letzten Monate notwendig geworden, die Fahrwege vorzugeben, damit die Fußgänger in der Zeit zwischen 11.00 Uhr und 19.00 Uhr mehr Schutz genießen könnten. Insbesondere soll zukünftig das Durchfahren des Sternplatzes als Abkürzung nicht mehr erlaubt werden. Durch die Vorgabe der Fahrwege entstünden Umwege von lediglich 300 – max. 500 m.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Lührs erläutert Herr Rotter weiter, dass mit den beiden größten Krankentransportunternehmen vor Erarbeitung der Fahrwege gesprochen worden sei. Diese hätten keinerlei Bedenken geäußert. Alle anderen Unternehmen ohne Genehmigung hätten kein Gesprächsinteresse gezeigt.

Auf Anfrage von Ratsherrn Weiß erläutert Herr Rotter, dass eine Ausweitung der Lieferzeiten in der Fußgängerzone den Öffnungszeiten der Geschäfte geschuldet sei. In der Regel öffneten diese erst um 10.00 Uhr. Deshalb soll die Möglichkeit der Anlieferung in Absprache mit der Polizei auf 11.00 Uhr erweitert werden.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, den Bericht in Verbindung mit der Ergänzung von Herrn Hayer zur Kenntnis zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | ./. |
| Enthaltungen: | ./. |

5. Berichtswesen; hier: Vergaben der Zentralen Gebäudewirtschaft Vorlage: 233/2011

Ratsherr Sager führt aus, dass aufgrund der Aussagen in der Beschlussvorlage nicht nachvollziehbar sei, warum die Fertigstellung der Parkpalette nicht im Jahr 2011 erfolgt sei. Er fragt daher an, wann genau der Bauantrag eingereicht, die Baugenehmigung erteilt und letztendlich der Auftrag an das Bauunternehmen ergangen sei. Darüber hinaus bittet er um Erläuterung der bereits jetzt über dem Kostendeckel von 2 Mio. € vorhandenen Mehrkosten.

Herr Welter führt aus, dass im Zuge des Abbruchs der Altkonstruktion ca. 80 Tonnen Industrialtlasten gefunden worden seien. Diese hätten gesondert gelagert, fachmännisch begutachtet und schließlich als Sondermüll entsorgt werden müssen. Hierfür könne niemand verantwortlich gemacht werden. Es habe zwar im Vorfeld Untersuchungen auf potenzielle Altlasten gegeben, jedoch habe hier lediglich die üblicherweise vorgesehene stichprobenartige Untersuchung stattgefunden. Insgesamt seien die derzeit absehbaren Mehrkosten überschaubar. Grundsätzlich seien Mehrkosten sowohl durch Auflagen aus der Baugenehmigung als auch durch die Bauzeitenverlängerung angefallen. Bezüglich der Bauzeitenverlängerung werde es voraussichtlich eine juristische Auseinandersetzung geben, so dass hierzu derzeit nichts gesagt werden könne. Er sagt zu, eine entsprechende schriftliche Darstellung der bisher entstandenen Mehrkosten zu erstellen und diese dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | ./. |
| Enthaltungen: | ./. |

**6. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Zum Tümpel"
Vorlage: 266/2011**

Ratsherr Weiß beantragt eine Abstimmung nach Vorlage.

Ohne Diskussion empfehlen die Ausschussmitglieder dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm „Zum Tümpel“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | ./. |
| Enthaltungen: | ./. |

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

**7.1. Sachstand Regionale 2013;
hier: Umgestaltung des Schulhofes der Knapper Schule sowie des
Theodor-Schulte-Platzes**

Herr Badziura teilt mit, dass derzeit die Gespräche mit verschiedenen Landschaftsarchitekten, die entsprechende Erfahrungen mit der Umsetzung solcher Projekte in Bereichen wie z.B. urbaner Räume mit hoher Gefahr des Vandalismus, multifunktional stark beanspruchter Räume oder mit der Umsetzung guter Beteiligungskonzepte hätten, geführt würden. Eine Förderung der Maßnahme erfolge mittels „Stadtumbau-West-Mitteln“. Ziel sei es, mit den Schülern und Anwohnern Bedürfnisse und Anforderungen festzulegen. Daraus würden dann entsprechende Pläne in Zusammenarbeit mit der ZGW erstellt und dann aktuell den Ausschüssen vorgestellt. Als Zeitschiene seien die Fertigstellung der Planung in 2012 und eine Realisierung im Jahr 2013 vorgesehen.

Herr Badziura führt weiter aus, dass die Landschaftsarchitekten bis Mitte März erste Ideen samt Kostenkalkulation einreichen.

Eine Vorstellung der geplanten Maßnahme bei der Bezirksregierung in Arnberg samt Beantragung von Fördergeldern müsse bis spätestens 31.03.2012 erfolgen. Diese Frist werde seitens der Verwaltung eingehalten.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Biernadzki führt Herr Bärwolf aus, dass bezüglich der Stellplätze derzeit eine Auslastungsanalyse laufe. Erst nach Auswertung dieser könne eine Beurteilung erfolgen.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig Kenntnis.

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Sachstand zum Gebäude Hotopstraße 9 (Bismarcksäule)

Herr Welter führt aus, dass das ehemalige Umkleidegebäude nach Aufgabe des Sportplatzes mittlerweile baufällig und somit nicht mehr nutzbar sei. Bereits am 18.01.2012 sei daher eine Abbruchgenehmigung beantragt worden. Die Genehmigung zum Abbruch durch das Denkmalamt in Münster stehe jedoch bisher noch aus. Ohne diese sei ein Abbruch nicht möglich.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

8.1.2. Energieverbrauch im Rathaus

Herr Welter gibt bekannt, dass der Bericht über die Aufgabenfelder und Tätigkeitsbereiche der ZGW im Laufe des Jahres 2012 erstellt werde.

Er führt aus, dass durch den Umbau des Rathauses große Energieeinsparungen erreicht wurden. In den Jahren 2001 – 2003 seien im Rathaus 1.680.000 m³ Gas verbraucht worden. Dieser Verbrauch konnte auf 900.000 m³ in den Jahren 2009 – 2011 gesenkt werden. Dieses bedeute eine jährliche Einsparung von 40.000,00 €.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig positiv Kenntnis.

8.1.3. Weihnachtsmarkt ab 2013: neues Verfahren, neuer Standort

Herr Rotter führt aus, dass sich durch die Nutzungsänderungen im Gebäude Sternplatz 1 die Feuer- und Rettungswege verändert hätten. Die Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH (LSM) habe daher Einbußen bei der Qualität des Weihnachtsmarktes auf dem Sternplatz bemängelt. Es sei schwieriger möglich, qualitativ hochwertige Händler und Fahrgeschäfte für den Lüdenscheider Weihnachtsmarkt zu gewinnen. Nach intensiven Überlegungen und Gesprächen sei nun eine Verlegung rund um den Platanenhain und vor das Postgebäude im Gespräch. Gespräche mit den betroffenen Markthändlern hätten ergeben, dass eine Verlegung des Wochenmarktes als unproblematisch angesehen werde. Es sei nun vorgesehen, ein entsprechendes Konzept zusammen mit der LSM zu prüfen. Denkbar sei auch, dass veränderte Zeiten für den Weihnachtsmarkt und nicht wie bisher vier Wochen am Stück dadurch vereinbart werden.

Auf Nachfrage von Frau Löhr erläutert Herr Rotter, dass die Eisbahn erhalten bleibe, jedoch auch an einen neuen Standort vor dem Postgebäude verlegt werden könne.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, dass die Verwaltung den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses einen potenziell neuen Konzeptentwurf vor endgültiger Festlegung vorstelle.

Die Verwaltung sagt dieses zu.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

8.1.4. Tempo 30 auf der Bahnhofsallee im Bereich der Allee weg. der Grundstücksein- und -ausfahrten

Herr Hayer gibt bekannt, dass der Fachdienst Stadtplanung und Verkehr in den folgenden Wochen die Einrichtung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in Teilbereichen der Bahnhofsallee anordnen werde. Die Beschränkung auf 30 km/h betreffe dabei den Bereich, in dem sich Bäume und Stellplätze im Seitenraum befänden. In diesem Bereich komme es durch ein- und ausparkende Fahrzeuge sowie durch vorhandene und neu entstandene Zufahrten zu ständiger Beeinflussung des fließenden Verkehrs. Um die gefahrlose Durchführung des Einbiegens in die Bahnhofsallee sowie des Ein- und Ausparkens zu gewährleisten, werde die maximal zulässige Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt.

Die Ausschussmitglieder nehmen einstimmig Kenntnis.

8.1.5. Tempo 30 auf der Sauerfelder Straße ab Hohfuhstraße für ca. 200 m

Herr Hayer trägt die in der **Anlage** beigefügte Bekanntgabe vor. Er ergänzt, dass es sich um eine Geschwindigkeitsbegrenzung zwischen Hohfuhstraße und Jockuschstraße handle. Er führt aus, dass die Ursachen der beiden schweren Verkehrsunfälle technisch nicht genau festgestellt werden könnten. Die Verwaltung schlage aus Sicherheitsgründen eine

Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für diesen Bereich mit entsprechend intensiven Kontrollen vor.

Ratsherr Diller merkt an, dass als eine Unfallursache zu hohe Geschwindigkeit sicher jedem nachvollziehbar sei. Dennoch schlägt er vor, zunächst die Geschwindigkeitskontrollen tagsüber, nachts und auch an den Wochenenden massiv zu verstärken. Diese Ergebnisse sollten dann zunächst ausgewertet werden, bevor eine Entscheidung über die Geschwindigkeitsbeschränkung seitens des Bau- und Verkehrsausschusses erfolge. Ratsherr Weiß schließt sich dieser Meinung an und ergänzt, dass zwei Unfälle noch keinen Unfallschwerpunkt begründeten. Er hält es für wesentlich wichtiger, die fußläufigen Querungen stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, dem Vorschlag von Ratsherrn Diller zu folgen und zunächst die Auswertung der Geschwindigkeitskontrollen abzuwarten, bevor eine Entscheidung über eine Geschwindigkeitsbeschränkung gefällt werde. Die Verwaltung werde beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen über das Ergebnis zu berichten. Darüber hinaus solle geklärt werden, inwieweit der Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Hilfe seines Außendienstes eine Ahndung in diesem Bereich vornehmen könne.

Herr Hayer sagt eine entsprechende Berichterstattung zu. Er führt ergänzend aus, dass weitere Geschwindigkeitsmessungen sowohl oberhalb als auch unterhalb des Unfallortes durchgeführt werden. Diese berücksichtige dann die Gesamtauswertung ebenfalls.

8.1.6. Umbenennung der Bushaltestellen " Zum Weißen Pferd" und "Kalver Landweg"

Herr Rotter führt aus, dass die Märkische Verkehrsgesellschaft GmbH (MVG) die Umbenennung zweier Haltestellenbezeichnungen im Stadtgebiet Lüdenscheids plane. Es solle die Haltestelle „Zum Weißen Pferd“ umbenannt werden in „Gartencenter Kremer“. Die Haltestelle „Kalver Landweg“ solle in „Fa. Esen“ mit dem Zusatz Kalver Landweg umbenannt werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen einer Umbenennung der Haltestellen einstimmig zu, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Haltestelle „Kalver Landweg“ in „Fa. Esen/Kalver Landweg“ umbenannt werde.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Information der MVG zu.

8.1.7. Änderung der Öffnungszeiten des Bauaktenarchivs ab April 2012

Herr Rotter trägt vor, dass der Fachdienst Bauordnung aufgrund von Personaleinsparung eine Änderung der Öffnungszeiten des Bauaktenarchivs im Telekomgebäude vornehmen müsse. Das Bauaktenarchiv habe derzeit dienstags und donnerstags von 09:30 Uhr bis 11:30 Uhr geöffnet und werde ab dem 23.04.2012 nur noch mittwochs von 09:30 Uhr bis 11:30 Uhr geöffnet sein.

8.1.8. Abbau von öffentlichen Telefonstellen durch die Telekom

Herr Rotter führt aus, dass die Telekom Deutschland GmbH mitgeteilt habe, dass sie zur flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung mit öffentlichen Telefonen aus wirtschaftlichen Gründen die Bestände dem realen Bedarf anpassen müssten. Es sei vorgesehen, im Stadtgebiet Lüdenscheid die öffentlichen Telefonstellen folgender Standorte abzubauen:

Berliner Straße 19/Eupener Steig
Brüderstraße 79
Buckesfelder Straße 61/Bushaltestelle gegenüber der Berufsschule
Germanenstraße/Harlingerstraße
Leifringhauser Straße 36
Staberger Straße 4
Volmestraße 143
Zum Weißen Pferd/Dammstraße

Die Telekom Deutschland GmbH habe einen Betrieb aller anderen öffentlichen Telefone zur Erhaltung der Infrastruktur zugesagt.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

8.1.9. Zufahrt Jet-Tankstelle, Bräuckenstraße

Herr Hayer trägt die in der **Anlage** beigefügte Bekanntgabe vor.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

8.1.10. Sachstand "Autofreies Volmetal"

Herr Hayer teilt den aktuellen Sachstand gemäß der beigefügten **Anlage** mit.

Die Ausschussmitglieder nehmen zustimmend Kenntnis.

8.1.11. Geänderter Sitzungsort für die Sitzung am 25.04.2012

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 25.04.2012 in der Pausenhalle der Staberger Gymnasien stattfindet.

8.2. Beantwortung von Anfragen

E n t f ä l l t

8.3. Anfragen

8.3.1. Sachstand Spielplatzbau auf dem Areal des Lidl, Brügge

Auf Anfrage des Rats Herrn Lühns antwortet Herr Dilks, dass die Firma Lidl den vertraglich vereinbarten Geldbetrag zur Errichtung des Spielplatzes gezahlt habe. Somit könne der Fachdienst Umweltschutz und Freiraum nun mit dem Bau des Spielplatzes beginnen.

Herr Badziura ergänzt, dass bereits ein Teil fertig gestellt sei. Die Skaterbahn sei bereits komplett fertig gestellt. Die Aufstellung der Möbel und Spielgeräte erfolge, sobald die Witterung dieses erlaube.

Ratsherr Lühns bedankt sich für die Antwort.

8.3.2. "Grüne Welle"-Ampelschaltung Sauerfelder Straße stadtein- und auswärts zwischen Jockuschstraße und Hochstraße

Ratsherr Sager fragt an, ob bekannt sei, dass die „Grüne-Welle-Schaltung“ ab der Freiherr-vom-Stein-Straße stadtauswärts nicht funktioniere. Herr Petereit ergänzt, dass dieses stadteinwärts auch der Fall sei.

Herr Hayer antwortet, dass die „grüne Welle“ funktionieren sollte. Über einen Defekt sei er bisher noch nicht informiert worden. Es sagt zu, dieses zu prüfen und ggf. entsprechende Abhilfe zu schaffen.

8.3.3. Vorrangschaltung für Busse an Bushaltestellen mit angrenzender Lichtsignalanlage

Ratsherr Biernadzki bemängelt, dass die BusfahrerInnen der Märkischen Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) an Bushaltestellen, an denen sie eine Vorrangschaltung zur Ausfahrt auslösen könnten, diese häufig sehr früh auslösten. Dadurch werde der

fließende Straßenverkehr entsprechend behindert. Er fragt an, ob die Verwaltung der MVG nicht die Bitte weiterleiten könne, dass derartige Vorrangschaltungen erst ausgelöst würden, wenn tatsächlich eine Abfahrmöglichkeit bestehe.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Weitergabe an die MVG zu.

gez. Jens Holzrichter
Vorsitzender

Stoltefaut
Schriftführerin